



Die Bundesregierung setzt den Rotstift an – auf unsere Kosten

Die schwarz-rote Bundesregierung vollzieht und plant massive Kürzungen im Sozialstaat. Die Folgen tragen vor allem Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner, Erwerbslose, Kranke sowie Familien mit kleinen und mittleren Einkommen.

Statt den Herausforderungen von Transformation, Fachkräftebedarfen oder demografischer Entwicklung mit einer solidarischen Reformagenda zu begegnen, verlagert die Bundesregierung die Lasten auf diejenigen, die den Wohlstand dieses Landes erarbeiten.



Gesundheits-Reform

Stand: Gesetz am 10. Juli 2026 beschlossen



Pflege-Reform

Stand: Referentenentwurf liegt vor



Renten-Reform

Stand: Kommissionsbericht liegt vor

Rente: Länger arbeiten ist keine Zukunftsstrategie

Schwarz-Rot hat angekündigt, dass die Empfehlungen ihrer Alterssicherungskommission bis Ende 2026 vollständig umgesetzt werden sollen.

Danach soll die Regelaltersgrenze schrittweise steigen. Für Millionen Beschäftigte bedeutet das, noch länger arbeiten zu müssen – häufig in Berufen, die körperlich und psychisch besonders belastend sind. Gleichzeitig sollen bewährte Übergänge in den Ruhestand eingeschränkt werden. Die Möglichkeiten im Blockmodell in Altersteilzeit zu gehen, soll abgeschafft werden. Gleiches gilt für die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren („Die Rente mit 63“). Selbst ein Renteneintritt mit Abschlägen soll frühestens ab dem 64. Lebensjahr möglich sein. Auch das Rentenniveau soll perspektivisch abgesenkt werden: Derzeit gilt eine Haltelinie von 48 Prozent, diese soll Ende 2031 auslaufen.

Für uns gilt: Wer Jahrzehnte lang Beiträge gezahlt, Schicht gearbeitet, Maschinen bedient, Anlagen instandgehalten oder Fahrzeuge gebaut oder repariert hat, darf nicht mit der Botschaft abgespeist werden, einfach noch länger durchhalten zu müssen. Eine Politik, die darin besteht, die Belastungen für die Beschäftigten immer weiter zu erhöhen, ist inakzeptabel!

Auch für den Herbst geplant

Abschaffung 8-Stunden Tag
Abschaffung telefonische
Krankschreibung
Attestpflicht ab dem ersten
Krankheitstag
Kürzungen beim Wohngeld





Gesundheit: Beschäftigte zahlen mehr und bekommen weniger

Die im Juli beschlossenen Kürzungen im Gesundheitswesen treffen vor allem die Versicherten. Steigende Zuzahlungen bei Medikamenten und Krankenhausaufenthalten, weniger Zuschuss beim Zahnersatz oder die Einschränkungen bei der Familienversicherung bedeuten höhere finanzielle Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen. Damit wird die Finanzierung des Systems noch stärker auf unsere Schultern verlagert! Gleichzeitig drohen Einschnitte bei der gesundheitlichen Versorgung. Wenn Krankenhäuser, Krankenkassen und andere Einrichtungen unter zusätzlichem Sparzwang geraten, verschlechtern sich Leistungen, Erreichbarkeit und Versorgungsqualität. Dies wird negative Folgen für die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen haben.

Im Herbst 2026 wird die Regierungskommission „Gesundheit“ einen zweiten Bericht vorlegen. Dieser wird Reformempfehlungen für mittel- und langfristige Reformmaßnahmen beinhalten. Für uns gilt: Wir werden weiter für die Bürgerversicherung streiten. Ein System, in das alle einzahlen und das die Zwei-Klassen-Medizin endlich beendet!

Pflege: Höhere Belastungen für Beschäftigte, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen

Der Referentenentwurf sieht Einschnitte vor, die Beitragszahlende, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zusätzlich belasten werden. So sollen Pflegebedürftige in Pflegeeinrichtungen höhere Eigenanteile tragen, indem die Erhöhung des Zuschusses später kommt. Gleichzeitig sollen die Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige um 30 Prozent gekürzt werden. Damit werden Menschen bestraft, die Verantwortung für ihre Familien übernehmen und häufig bereits berufliche Nachteile in Kauf nehmen müssen (das betrifft vor allem Frauen, da sie zu rund 70 Prozent diese Pflegeleistung erbringen). Für viele Beschäftigte bedeutet das eine doppelte Belastung: Sie finanzieren die sozialen Sicherungssysteme über ihre Beiträge und müssen gleichzeitig immer größere Teile des Pflegeaufwands privat organisieren und finanzieren.

Eine alternde Gesellschaft braucht mehr Solidarität und bessere Absicherung, nicht die Verlagerung von Risiken auf einzelne Familien. Klar ist: Wir brauchen als ein Reformelement die Pflegebürgervollversicherung, damit der Pflegefall nicht länger ein Armutsrisiko darstellt!

Für einen solidarischen Sozialstaat!

Die Transformation ganzer Industriebranchen, die Dekarbonisierung, der Ausbau der (sozialen) Infrastruktur und auch die Digitalisierung sind riesige Herausforderungen. Gerade deshalb braucht es einen starken, leistungsfähigen und solidarischen Sozialstaat: Er ermöglicht wirtschaftlichen Strukturwandel. Er gibt den Menschen Sicherheit und schafft Akzeptanz für Veränderungen. Dafür streiten wir!

